



2020/15 dschungel

<https://jungle.world/artikel/2020/15/krise-als-krise>

Eine Kritik linker Phrasen zur Coronakrise

Krise als Krise

Von **Florian Geisler Alex Struwe**

So manche Linke versprechen sich von der Coronakrise neue Perspektiven und gesellschaftliche Verbesserungen. Doch wer nach dem Motto »Krise als Chance« vorgeht, produziert nur Slogans und wirft die Theorie über Bord.

So viel steht bis hierhin fest: Die gegenwärtige Covid-19-Pandemie betrifft offensichtlich das gesamte gesellschaftliche Leben und wird es sicherlich nachhaltig verändern. Das lässt sich allein schon an der Vielzahl der aktuellen Analysen »in Zeiten von Corona« erkennen. Slavoj Žižek und Herfried Münkler sind nur zwei der vielen, die jetzt eine neue Deutung der Weltlage parat haben. Dabei scheinen aber besonders kritisch-sozialwissenschaftliche und dezidiert linke Stimmen die Dramatik dieses historischen Moments förmlich zu genießen. Eine der vielen Reaktionen ist etwa das unter dem Titel »Corona-Pandemie – eine historische Wende« erschienene ökosozialistische Manifest von Verena Kreiling und Christian Zeller, die darauf pochen, dass nun alles anders werden wird, und für ihre schonungslose Analyse breiten Zuspruch erhalten. Diese besagt wenig überraschend, dass »die Coronakrise ein historisches Ausmaß globaler Reichweite annehmen wird« und entsprechend das Ignorieren dieser »historischen Zeitenwende« ein »unverzeihlicher Fehler« der Linken sei. Es sei daher dringend notwendig, wie auch in einem aktuellen Dossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu lesen ist, »in der Krise die Weichen (zu) stellen«.

Für jene, die hoffen, die Krise sei groß genug, um die Entfremdung der Menschen durch »echtes« Miteinander abzulösen oder den Ursprung einer ökosozialistischen Veränderung zu finden, ist diese Form der Selbstreflexion meist nur Hindernis. Damit bleibt die Haltung »Krise als Chance« das Gegenteil von Aufklärung, weil sie Reflexion über die materiellen Grundlagen dieser Entfremdung strukturell ausschließt und ausschließen muss.

Egal ob nun der autoritäre bis faschistische Überwachungsstaat prognostiziert wird, wie etwa von Giorgio Agamben seit Ende Februar, oder den Staatsregierungen ein

Totalversagen und Kontrollverlust attestiert werden, die das Ende des neoliberalen Herrschaftsprojekts bezeugen, wie Ulrike Herrmann in der Taz schrieb: Der gemeinsame Nenner der vielfältigen Antworten auf die Krise ist, dass sich daraus kinderleicht eine Steilvorlage für die historische Verantwortung der Linken ableiten lasse. Auch Kreilinger und Zeller schließen aus den multiplen Krisenszenarien, dass »das Zusammentreffen dieser Krisenprozesse (...) zu überraschenden Brüchen, Einschnitten und Zusammenbrüchen führen und zugleich solidarische Verhaltensweisen hervorrufen und neue Widerstandspotentiale ermöglichen« werde. Dieser Allgemeinplatz, dass Umbrüche auch Möglichkeiten sind, scheint dabei oft das eigentliche Analyseergebnis zu sein. Je monumentaler die Krise also, desto furioser könne schließlich das Comeback der Linken ausfallen, so zumindest die natürlich nie in dieser Offenheit ausgesprochene These.

Dieser Krisenoptimismus ist aber notwendigerweise ein Bluff. Er lebt mehr von der Selbstversicherung, dass die Krise als »Chance« aufzufassen sei – damit kopiert man jedoch nur die Phraseologie des Neoliberalismus, entwickelt aber keine reale politische Perspektive. Denn unmöglich kann übersehen werden, dass eine überwältigende Mehrheit der Menschen die Regierungsmaßnahmen gar für richtig hält und das Vertrauen in die Politik nicht erkennbar sinkt. Niemand ruft gerade nach der Linken, und genau deshalb will sie unbedingt einen Teil der Aufmerksamkeit für die Coronakrise auf sich ziehen. Die Krise verspricht ihr Handlungsmöglichkeiten, die sie aus eigener Kraft weder durch Analyse noch Mobilisierung herstellen könnte. Im demokratisch-kapitalistischen Normalbetrieb bleibt daher oft nur Zynismus als Ausdruck der Resignation oder die Anbiederung ans Bestehende, die sich als gegenhegemoniales Projekt ausgibt.

Doch die Hoffnung auf die »Krise als Chance« bietet für die gesellschaftlichen Probleme, aus denen sowohl der Verlauf der Krise wie auch die Irrelevanz der linken Positionen hervorgehen, keine Lösung im eigentlichen Sinne. Stattdessen liefert sie die vage Verheißung, die Karten würden gerade derart neu gemischt, dass sich die Dinge von alleine klärten. Das ist in letzter Konsequenz mythisches Denken, insofern es zufällig eintretende äußere Faktoren dem Eintreten für eine menschengemachte Geschichte vorzieht. Weil der große Wurf in denkbar weiter Ferne liegt, hat man ihn für unmöglich erklärt; so muss man sich wenigstens nicht für die eigene Erfolglosigkeit rechtfertigen. Dann kann auch alles Mögliche als emanzipatorische Errungenschaft verpackt werden, da von wirklich -radikaler gesellschaftlicher Veränderung nur die Rhetorik übriggeblieben ist.

Das entlastet gleichzeitig auch von den schwierigen Analysen der Gesellschaft und den haarspalterischen Bestimmungen der Verhältnisse zwischen Kapital, Demokratie, Staat und Ökologie. So lassen sich einfache Rechnungen aufmachen, derart, dass die Krise durch »die strategische Entscheidung, die Mehrwertproduktion um jeden Preis aufrechtzuerhalten« entsteht; dies »dient den Kapitalinteressen in den jeweiligen Ländern«. Man müsse sich also, so Kreilinger und Zeller, auf das Leben der Menschen und deren »solidarische Praxis der Selbstorganisation« im Elend fokussieren, so als sei alles jenseits der benannten Kapitallogik schon ein Schritt in die menschliche Gesellschaft. Schon vor dem Auftauchen des Virus gehörten solche Ansichten zum festen Repertoire, die jetzt noch einmal mehr Gehör zu finden hoffen. Jeder kritische Impuls (sowohl in wissenschaftlichen Kreisen als auch der alltägliche, subkulturell vermittelte) verdünnt sich

auf Slogans (»Menschen vor Profiten!«) bis hinunter zur reinen Affirmation von Nachbarschaftshilfe oder des allabendlichen Solidaritätsklatschens aus dem Fenster mit Stadioncharakter. Wenn Mieterinitiativen dann plötzlich pauschale (und auch noch falsch gerechnete) Mietsenkungen proportional zum Kurzarbeitergeld fordern und Gewerkschaften sich mit einer Forderung der Anhebung desselben von 60 auf 90 Prozent profilieren, dann scheint schon Sozialismus in der Luft zu liegen.

Die Strategie, derartig auf gesellschaftliche Krisentendenzen zu bauen und diese für die eigene Profilierung zu nutzen, ist in den vergangenen Jahren unter dem Namen Populismus diskutiert worden. Zumindest ein Teil der politischen Linken bekennt sich offen zu einer populistischen Strategie. Bei dieser Strategie allerdings wird Krise nicht als eine dauerhafte, sondern immer als eine neue und nie dagewesene verstanden, etwa in der gespielten oder ernsthaften Empörung über die neuesten Verfehlungen des gesellschaftlichen Systems, das in dieser Rhetorik immer erst seit gerade eben völlig abgewirtschaftet hat.

Offensichtlich ist der Wunsch hier Vater des Gedankens. Selbstverständlich wünschen sich humanistisch gesinnte Menschen ein Ende des politökonomischen Systems, so wie es derzeit ist. Aber weit entfernt davon, das auch wirklich klar und konkret auszusprechen, thematisieren die dominanten Krisendiskurse – sei es zur Finanzkrise, zur derzeit in den Hintergrund verdrängten Klimasituation oder zum derzeitigen Rechtsextremismus – Untergangsszenarien des Kapitalismus oder des Neoliberalismus.

Es stehen sich dabei schlicht zwei Auffassungen von Kritik gegenüber. Wenn Kritik nur heißen soll, das aktuelle politische Geschehen aufmerksam zu hinterfragen und dabei auf besondere Probleme von Betroffenen hinzuweisen, dann kann eine Krisensituation emanzipatorische Perspektiven eröffnen. Aber eine solche Haltung wird, so muss man entgegenhalten, der spezifischen Verantwortung nicht gerecht, die modernes Denken auszeichnet und die jetzt mit jeder neuen »Krise« immer mehr aus den Augen verloren wird: Der Verantwortung, die Kritik nicht nur gegen die Verhältnisse zu richten, sondern auf sich selbst und die eigenen gescheiterten Versuche, die Verhältnisse zu ändern. Kurz: Die eigene Ohnmacht müsste reflektiert werden, statt sich optimistisch zu geben.

Für jene, die hoffen, die Krise sei groß genug, um die Entfremdung der Menschen durch »echtes« Miteinander abzulösen oder den Ursprung einer ökosozialistischen Veränderung zu finden, ist diese Form der Selbstreflexion meist nur Hindernis. Damit bleibt die Haltung »Krise als Chance« das Gegenteil von Aufklärung, weil sie Reflexion über die materiellen Grundlagen dieser Entfremdung strukturell ausschließt und ausschließen muss. Was wie emanzipatorische Aneignung der Situation klingen soll, ist damit nur als die erneute Verfestigung der eigenen Unfähigkeit zu verstehen. Die Ohnmacht, die man mit der vermeintlich alles verändernden Krise zu überwinden glaubt, wird die politische und ökonomische Zäsur durch die Pandemie unbeschadet überstehen. Die verbreitete Panikreaktion, jetzt – »in Zeiten von Corona«, wie es so sinnbefreit heißt – alle Räder neu erfinden zu wollen, wird daran nicht viel ändern können.